Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/4400

21. 04. 89

Sachgebiet 7102

Beschlußempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (21. Ausschuß)

zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Gautier, Schäfer (Offenburg), Bachmaier, Frau Blunck, Frau Conrad, Conradi, Fischer (Homburg), Frau Dr. Hartenstein, Dr. Hauff, Jansen, Kiehm, Koltzsch, Lennartz, Frau Dr. Martiny, Menzel, Müller (Düsseldorf), Reimann, Reuter, Dr. Schöfberger, Schütz, Stahl (Kempen), Waltemathe, Weiermann, Dr. Vogel und der Fraktion der SPD
— Drucksache 11/1151 —

Recycling von Katalysatoren

A. Problem

Für die Erstellung von Abgaskatalysatoren werden die Edelmetalle Platin und Rhodium benötigt. Mit der neuen Abgasgesetzgebung ist der Bedarf an diesen Edelmetallen stark gestiegen. Zur Vermeidung von außenwirtschaftlichen Abhängigkeiten aber auch aus umweltpolitischen Gründen sollen die in gebrauchten Katalysatoren enthaltenen Edelmetallmengen durch ein Edelmetallrecycling wiedergewonnen werden.

B. Lösung

Ablehnung des Antrages — Drucksache 11/1151 —.

Mehrheitsentscheidung

C. Alternativen

keine

D. Kosten

keine

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag — Drucksache 11/1151 — abzulehnen.

Bonn, den 20. Januar 1988

Der Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Dr. Göhner	**Schmidbauer**	**Stahl (Kempen)**	**Frau Garbe**
Vorsitzender	Berichterstatter		

Bericht der Abgeordneten Schmidbauer, Stahl (Kempen) und Frau Garbe

Der Antrag — Drucksache 11/1151 — wurde in der 52. Sitzung des Deutschen Bundestages am 14. Januar 1988 dem Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit federführend und den Ausschüssen für Verkehr und für Wirtschaft zur Mitberatung überwiesen.

Der Ausschuß für Verkehr hat den Antrag in seiner Sitzung am 20. Januar 1988 beraten und beschlossen, daß er aus verkehrspolitischer Sicht zur Zeit keinen Handlungsbedarf sieht.

Der Ausschuß für Wirtschaft hat den Antrag in seiner Sitzung am 3. Februar 1988 beraten und hat es bei dessen Unterstützung durch die Mitglieder der Fraktion der SPD und der Fraktion DIE GRÜNEN mit der Mehrheit der Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und FDP abgelehnt, dem federführenden Ausschuß vorzuschlagen, dem Deutschen Bundestag die Annahme des Antrages zu empfehlen.

Der Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit hat den Antrag in seiner Sitzung am 20. Januar 1988 beraten.

Die Fraktionen der CDU/CSU und FDP wiesen bei der Beratung des Antrages darauf hin, daß das Recycling in diesem Bereich funktionieren würde. Ein akuter Handlungsbedarf sei momentan schon deshalb nicht gegeben, weil die Katalysatoren bedauerlicherweise langsamer verbreitet würden als angenommen. Außerdem laufe gegenwärtig noch ein Prüfungsvorhaben des Bundesministers für Forschung und Technologie. Sicherlich müsse man in diesem Bereich Vorsorge für eine ausreichende Entsorgung treffen. Da es aber den Forschungsauftrag der Bundesregierung gäbe, sei der Antrag gegenstandslos. Übereinstimmung bestehe darin, daß gebrauchte Abgaskatalysatoren wiederverwandt werden sollten und die kostbaren Edelmetalle nicht auf den Schrottplätzen landen dürften. Dennoch müsse stets sorgfältig geprüft werden, ob Normierungen erforderlich seien. Ein derartiger Handlungsbedarf sei nicht erkennbar. Das geltende Abfallgesetz messe überdies der Entsorgung von Pkws große Bedeutung bei. In diesem Zusammenhang werde sicherlich auch die Katalysatorfrage überprüft werden müssen.

Die Fraktion der SPD betont demgegenüber das Vorhandensein eines Handlungsbedarfes. Die Entsorgung sei hier besonders dringlich, es müßten von der Bundesregierung die notwendigen Voraussetzungen dafür geschaffen werden, daß die Katalysatoren gesammelt und recycliert werden und dem Kraftfahrzeug- und Schrotthandel entsprechende Verpflichtungen auferlegt werden. Die deutsche Wirtschaft sei an einer vernünftigen Regelung interessiert, zumal hier verschiedene Edelmetalle wiederverwandt würden. Es wurde auch zu bedenken gegeben, daß Gesetzesänderungen sowie der Erlaß der erforderlichen Verordnungen unter Umständen Jahre dauern könnten.

Die Fraktion DIE GRÜNEN wies bei der Beratung darauf hin, daß zwischen einem Forschungsauftrag und der tatsächlichen Umsetzung der Erkenntnisse ein langer Weg liege. Daher sei die Annahme des Antrages zu empfehlen. Neben den umweltpolitischen Aspekten sollte zusätzlich auch die außenpolitische und außenwirtschaftliche Bedeutung berücksichtigt werden, die sich aus der Notwendigkeit des Gebrauchs von Edelmetallen ergebe.

Der Ausschuß beschließt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP, gegen die Stimmen der Fraktion der SPD und der Fraktion DIE GRÜNEN, den Antrag — Drucksache 11/1151 — abzulehnen.

Bonn, den 8. März 1989

Schmidbauer **Stahl (Kempen)** **Frau Garbe**

Berichterstatter

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 5300 Bonn
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51
ISSN 0722-8333